

## Das wollen die Parteien

### CDU/CSU

● CDU und CSU halten am Ziel fest, dauerhaft ohne neue Schulden auszukommen. Finanzielle Spielräume sollen für die innere und äußere Sicherheit, für Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur, zur Förderung von Familien sowie für Steuersenkungen genutzt werden. So sollen die Steuerzahler um 15 Milliarden Euro entlastet werden, zudem will die Union den Mittelstandsbauch bei der kalten Progression weiter reduzieren sowie den „Soli“ ab 2020 schrittweise abbauen. Der Spitzensteuersatz soll erst ab einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 60 000/120 000 (Single/Paare) Euro einsetzen, der Kinderfreibetrag in zwei Schritten auf das Niveau der Erwachsenen erhöht werden.

### SPD

● Die SPD verspricht Steuerentlastungen von 15 Milliarden Euro für die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen, will aber im Gegenzug die Steuern für Besserverdienende um den gleichen Betrag erhöhen. Der „Soli“ soll für alle, die weniger als 52 000/104 000 Euro verdienen, sofort abgeschafft werden, der Spitzensteuersatz von 42 Prozent erst ab 60 000/120 000 greifen, wer mehr als 76 200/152 400 Euro pro Jahr verdient, muss allerdings 45 Prozent zahlen, ab 250 000/500 000 Euro sogar 48 Prozent. Durch eine Reform der Erbschaftssteuer sollen Erbschaften höher besteuert werden.

### DIE LINKE.

● Die Linke will Vermögen ab einer Million Euro mit fünf Prozent besteuern. Dies soll dem Staat Mehreinnahmen von 80 Milliarden Euro bringen. Auch die Erbschaftssteuer soll deutlich erhöht werden. Den Spitzensteuersatz will die Linke ab einem steuerpflichtigen Einkommen von 70 000/140 000 Euro auf 53 Prozent erhöhen, ab 260 533 Euro werden 60 Prozent und ab einer Million 75 Prozent fällig. Im Gegenzug soll der steuerfreie Grundbetrag auf 12 600 Euro steigen.



● Die Grünen fordern ein „gerechtes Steuersystem“, in dem die ungleiche Besteuerung von Kapitalerträgen und übrigen Einkünften beseitigt wird. Auch sprechen sie sich für eine „ergiebige und umsetzbare Vermögensteuer für Superreiche“ und ein „einfaches und gerechtes Erbschaftssteuermodell“ aus. Kleine und mittlere Einkommen sollen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags entlastet werden, der Spitzensteuersatz für Bezieher von Einkommen ab 100 000/200 000 erhöht werden.

### Freie Demokraten FDP

● Die FDP plädiert für „ein grundlegendes Umdenken in der Steuerpolitik“, um die Balance zwischen Staat und Bürgern wiederherzustellen. Konkret sehen die Pläne der Liberalen Steuerentlastungen von 30 Milliarden vor, unter anderem durch eine Verschiebung des gesamten Steuertarifs, eine Absenkung der kalten Progression, die Abschaffung des „Soli“ sowie eine dauerhafte Anpassung des Steuertarifs, der Freigrenzen und der Pauschbeträge an die Inflation.



● Die AfD spricht sich für eine „grundlegende Reform“ des Steuersystems aus, das unter anderem eine Senkung der Mehrwertsteuer um sieben Prozentpunkte, eine Erhöhung des Grundfreibetrags und eine „allgemeine Abgabenbremse für Steuern, Beiträge und Gebühren“ vorsieht. Der linear-progressive Steuertarif soll durch Steuerstufen abgelöst und das Ehegattensplitting durch ein „sozial gerechtes Familiensplitting“ ergänzt werden. Die Besteuerung von Erbschaften wird abgelehnt.